

30.12.2019 - 12:25 Uhr

Ohoven: Deutschland bewegt sich konjunkturell auf dünnem Eis - Bundesregierung muss wirtschaftspolitische Passivität aufgeben

Berlin (ots) -

"Der Mittelstand geht trotz der Industrierezession optimistisch in das Jahr 2020. Deutschland bewegt sich aber konjunkturell auf dünnem Eis. Entscheidend ist deshalb, dass die Bundesregierung endlich ihre wirtschaftspolitische Passivität aufgibt, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu sichern." Dies erklärte Mittelstandspräsident Mario Ohoven bei der Vorstellung der Ergebnisse der Unternehmerumfrage des BVMW zum Jahreswechsel.

Der aktuellen Umfrage zufolge sind die Unternehmer zuversichtlich, wenn es um das eigene Unternehmen geht. So schätzt ein Drittel die gegenwärtige Geschäftslage als befriedigend ein, 47 Prozent als gut, 12 Prozent sogar als sehr gut. Fast 80 Prozent erwarten, dass sich ihre Geschäftslage in den nächsten 12 Monaten vorteilhaft oder zumindest stabil entwickelt.

Dagegen sind die Mittelständler überaus pessimistisch hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands in 2020. Über 70 Prozent befürchten ein Abgleiten unserer Volkswirtschaft in einen Abschwung. "Der Mittelstand hat massive Zweifel an der Fähigkeit und dem Willen der Politik, die Weichen für mehr Wachstum zu stellen", so Ohoven. Entsprechend schlecht fällt das Zeugnis für die GroKo aus: Nur 9 Prozent bewerten die bisherige Arbeit mit gut oder sehr gut.

Zu den vorrangigen Aufgaben der Politik gehört aus Sicht der Unternehmer neben dem Bürokratieabbau vor allem eine Senkung der Steuerbelastung, um wettbewerbsfähig zu bleiben. "Als erster Schritt muss der Solidaritätszuschlag vollständig und für alle abgeschafft werden", betonte Ohoven. Einen beschleunigten Breitbandausbau fordern 67 Prozent.

Der Mittelstand leidet besonders unter dem akuten Fachkräftemangel: Mehr als 90 Prozent der Unternehmer haben Schwierigkeiten, offene Stellen zu besetzen. Zugleich beklagen drei Viertel das abnehmende Bildungsniveau der Bewerber. Über 90 Prozent der Mittelständler fordern deshalb eine Stärkung des Real- und des Hauptschulabschlusses. "Wir erwarten eine Kehrtwende in der Bildungspolitik - nicht in zehn Jahren, sondern jetzt", so Ohoven.

Es gehe jetzt darum, Deutschland fit für die Zukunft zu machen, betonte Ohoven. "Die GroKo muss in der Haushaltspolitik umsteuern, Zukunftsinvestitionen müssen Vorrang vor Sozialkonsum bekommen." Dazu müsse der Anstieg der Sozialausgaben, die heute schon über 57 Prozent des Bundeshaushalts ausmachen, begrenzt werden.

Umso erfreulicher sei es, so Ohoven, dass drei Viertel der Unternehmer in 2020 ebenso viel wie in diesem Jahr oder sogar mehr investieren wollen. Zudem erwägt trotz der wachsenden weltwirtschaftlichen Risiken nur eine kleine Minderheit eine Verlagerung ins Ausland.

Bei der Sonntagsfrage kommen Union mit gut 31 Prozent und FDP mit 29 Prozent zusammen auf eine satte Mehrheit. Es folgen die Grünen mit 15 Prozent und die AfD mit 10 Prozent. Klare Verlierer sind die SPD mit 3 Prozent und die Linke mit 2,5 Prozent. "Die Unternehmer weisen offenbar der SPD die Verantwortung für die mittelstandsfeindliche Politik der GroKo zu", resümiert Mittelstandspräsident Mario Ohoven.

Kontakt:

BVMW Pressesprecher
Eberhard Vogt
Tel.: 030 53320620
Mail: presse@bvmw.de

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100057836/100839280> abgerufen werden.